

## Mehr Lehrerinnen und Lehrer für kleinere Klassen

### Kleine Klassen – pädagogisch notwendig!

Nachdem in den letzten Jahren in den meisten Schulen eine gewisse Entspannung hinsichtlich der Klassengrößen eingetreten ist, droht dieser Trend jetzt ins Gegenteil umzuschlagen: Lehrkräftemangel und steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen – gerade in den Städten und Ballungsräumen – lassen die Klassen wieder wachsen. Die GEW Hessen hat immer wieder vom Land eine Absenkung der Klassenobergrenzen eingefordert, zuletzt 2017 anlässlich der Neufassung der Klassengrößenverordnung.

Herausforderungen wie ein steigender Anteil von Erziehungsaufgaben, inklusive Beschulung sowie die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit geringen Deutschkenntnissen werden vom Kultusminister ignoriert. Die schwarz-grüne Koalition und das Ministerium sehen offenbar keinen Grund, etwas gegen steigende Klassengrößen zu unternehmen.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass die Klassengröße keinen Einfluss auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler habe, hört man aus dem Kultusministerium. Stimmt das wirklich? Die in diesem Zusammenhang oft herangezogene Hattie-Studie (Hattie 2009) behauptet zwar tatsächlich einen nur geringen eigenständigen Einfluss der Klassengröße auf den Lernerfolg. Allerdings sollte bei der Interpretation bedacht werden, dass der Einsatz bestimmter Unterrichtsmethoden wie Kleingruppenarbeit, denen ein stärkerer Einfluss auf den Lernerfolg attestiert wird, ihrerseits von der Klassengröße abhängig ist. Da solche Methoden wie auch individuelle Förderung bei kleineren Klassen eher möglich sind, besteht sehr wohl ein starker, allerdings indirekter Zusammenhang zwischen Klassengröße und Lernerfolg.

Der positive Effekt kleiner Klassen bei sozial benachteiligten Kindern war doppelt so stark ausgeprägt wie bei Kindern, die aus sozial nicht benachteiligten Schichten kamen. Ebenso bestätigte auch die 1996 begonnene Londoner Class Size Studie (Blatchford u.a. 2002) den positiven Effekt kleiner Klassen, insbesondere bei Kindern aus ungünstigeren sozioökonomischen Verhältnissen.

Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse durch die unabhängige American Educational Research Association 2003 zeigt: Zumindest für Grundschulen haben kleine Klassen nachweislich positive langfristige Wirkungen.

**Kleine Klassen –  
wirksames Mittel  
gegen Stress und  
zu hohe Arbeitsbelas-  
tung!**

nissen. Diese Befunde sind besonders interessant vor dem Hintergrund der zuletzt von PISA und IGLU festgestellten gravierenden Bildungsbenachteiligung von Schülerinnen und Schülern aufgrund der sozialen Herkunft. Auch besteht besonderer Handlungsbedarf umso mehr, als die migrationspezifisch bedingte Heterogenität stetig wächst.

Das wesentliche Argument für kleine Klassen, gerade aus Sicht der Lehrkräfte: In allen Belastungsstudien für Lehrkräfte spielt der Faktor Klassengröße eine zentrale Rolle. So liegt es auf der Hand, dass jeder Schüler, jede Schülerin mehr den Arbeitsaufwand erhöht: Mehr Korrekturen, mehr Zeit für Gespräche, Förderpläne, Erziehungsvereinbarungen, Gutachten, Förderausschüsse, Kompetenzfeststellung u.s.w. Auch im Unterricht sinkt die Zeit, die zur Verfügung steht, um individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler einzugehen.

Die Unruhe in großen Klassen ist, sogar gerade wenn alle gut mitarbeiten, objektiv größer – eine

---

**Als positive Effekte werden berichtet:**

- Steigerung der Leistungen im Lesen und in Mathematik
- Verringerung der Leistungskluft zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schüler/innen
- Reduktion des Anteils an Klassenwiederholungen (Sitzenbleiben)
- Weniger Disziplinprobleme
- Abnahme der Drop-out-Quoten
- Zunahme des Übergangs zu weiterführenden Schulen

Diese Effekte sind besonders stark bei Kindern ethnischer Minderheiten und für Schulen in sozialen Brennpunkten.

**Eine optimale Nutzung des Potenzials kleiner Klassen ist aber abhängig von folgenden Bedingungen:**

- Kleine Gruppen müssen früh beginnen, möglichst schon im Kindergarten oder in der ersten Klasse.
- Die Zahl der Kinder pro Klasse muss deutlich unter 20 liegen; als förderlich haben sich 13-17 Kinder in einer Gruppe erwiesen.
- Falls die verfügbaren finanziellen Mittel sehr begrenzt sind, sollte die Maßnahme sich auf Gruppen mit ungünstigen Voraussetzungen konzentrieren: vor allem in sozialen Brennpunkten bzw. bei einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund.
- Der Unterricht in kleinen Gruppen sollte keine Ausnahme darstellen, sondern sich auf alle Schultage und jeweils den ganzen Tag erstrecken.
- Der Unterricht in kleinen Gruppen muss über mindestens die ersten beiden Schuljahre andauern – um langfristige Wirkungen abzusichern, über drei bis vier Jahre.

Belastung für alle Beteiligten. Oft sind auch Räume zu klein, es fehlen Arbeitsflächen, die Raumluft ist schlecht. Unterricht mit Versuchen von Schülerinnen und Schülern in den naturwissenschaftlichen Fächern ist bei größeren Lerngruppen nicht möglich, weil dies oft zu gefährlich ist bzw. auch, weil die entsprechenden Arbeitsmittel nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Besonders problematisch ist die Situation, wenn in zu großen Klassen inklusiv zu beschulende Kinder unterrichtet werden, die häufig eine größere und intensivere Zuwendung seitens der Lehrpersonen erfordern. Gleiches gilt für Schülerinnen und Schüler mit erheblichen sprachlichen Defiziten.

Dass Gesundheit der Lehrkräfte und große Klassen in einem engen Zusammenhang stehen, offenbaren Belastungsstudien immer wieder: So belegt die TALIS-Studie, in deren Rahmen Lehrkräfte zu ihren Arbeitsbedingungen befragt wurden, die Unzufriedenheit vieler Lehrkräfte mit der Größe der Klassen (OECD 2009). Die Potsdamer Studie zur Gesundheit von Lehrkräften (Arold u.a. 2005) zeigt ein ähnliches Bild: Die Klassenstärke rangiert ganz oben auf Platz zwei der Belastungsfaktoren – nach „Verhalten schwieriger Schüler“ und noch vor der Höhe der zu erteilenden Stundenzahl: In dieser Einschätzung sind sich die Lehrkräfte einig! In einer ähnlich angelegten Studie der Freiburger Universitätsklinik für den südbadischen Raum wird die Klassenstärke sogar als der am stärksten erlebte Belastungsfaktor ermittelt (Bauer 2004). Die repräsentative Arbeitsbelastungsstudie der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften an der Universität Göttingen von 2016 bestätigt diese Ergebnisse: Auch hier gaben 67 Prozent der befragten Lehrkräfte an, dass sie sich durch zu große Klassen erheblich belastet fühlen und somit große Klassen einen der genannten Hauptbelastungsfaktoren darstellen (Mußmann/Riethmüller/Hardwig 2016).

Es gibt viele triftige Gründe, weshalb Klassen nicht zu groß sein sollten.

**Dies bedeutet konkret:**

- Einhaltung der Obergrenze der Verordnung für die Größe der Klassen und Lerngruppen an allen Schulformen
- maximal 12 Schülerinnen und Schüler in den Intensiv- und InteA-Klassen
- eine deutliche Absenkung der Klassenobergrenzen

**Kleine Klassen für alle Schulen!**

## 500 Millionen Euro Für ein Sofortprogramm für Bildung

In seiner Frühjahrsklausur im März hat der Landesvorstand der GEW Hessen ausführlich über die Finanzspielräume im Haushalt des Landes Hessen beraten. Die GEW Hessen stellt fest: „In der mittelfristigen Haushaltsplanung ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten genügend Geld da, um ein „Sofortprogramm für Bildung“ von 500 Millionen Euro zu finanzieren. Die Möglichkeiten für eine andere Politik sind gegeben und müssen umgesetzt werden!“

Zur Finanzierung des Programms stehen die zusätzlichen Mittel aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung (Länderfinanzausgleich) mit 585 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiter sind im Hessischen Haushalt über 1,1 Milliarden Euro als Rücklage für möglicherweise geminderte Steuereinnahmen aus Steuersenkungen des Bundes vorgesehen. Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition im Bund sind jedoch keine Steuersenkungen vorgesehen, die die Länderebene belasten werden. Diese Rücklagen sind unnötig und können daher für Bildung verausgabt werden.

Zum für das Bildungsprogramm verfügbaren Volumen in Höhe von 500 Millionen zählt die GEW Hessen auch 200 Millionen Euro, die im Hessischen Haushalt unter dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ für Nettotilgungen vorgesehen sind. Aufgrund der sogenannten „Schuldenbremse“ wird sich die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen. Die GEW Hessen bewertet es als unsinnig, darüber hinaus auch noch Tilgungen vorzusehen. Dieses Geld ist in Bildung im „Hier und Jetzt“ besser angelegt.

Über die mittelfristige Haushaltsplanung hinaus fordert die GEW Hessen öffentliches Vermögen – wozu auch das Gemeingut Bildung gehört – durch die Wiedererhebung einer angemessenen Vermögenssteuer sicherzustellen.

Alle Forderungen des „Sofortprogramms für Bildung“ sind ohne unmittelbare Steuererhöhungen realisierbar!

Das „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst die Bereiche Schule, den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und die Hochschulen.